

Erscheint jeden Freitag nachmittags. Verkaufspreis bei Haus monatlich 25.— M. Durch die Post monatlich 28.— M. ohne Zustellungsgebühr. Bezugs-Verordnungsnummer: 14, Januar 1922, S. 2251. Gestaltet 7-8 Uhr. Schriftleitung: Jenastr. 104a. Erscheinungstag: 14. Juni 1922

Der Anzeigenpreis beträgt 200 M. für den Millimeter Höhe und Spalte; 700 M. für eine Zeile, einschließlich an den beigefügten Zeitstellen. Anzeigen bis zum Freitag 9 Uhr eintreffen, später tags vorher. — Postfachnummer: 1069 48, Postfach, Halle

Einzelpreis 1,50 Mark

Mittwoch, den 21. Juni 1922

2. Jahrgang, Nr. 142

Der Gewerkschaftskongress und die politischen Gefangenen

Leipziger und andere namhafte Gewerkschaftsführer betonen, daß die Gewerkschaften nicht politisch neutral sein können, daß die Not des Proletariats von Tag zu Tag zunimmt. Auch die Gewerkschaftsvereine jammern über die deutsche Klassenjustiz, aber trotzdem hat der DGBS für die Freilassung der noch in den Justizgefängnissen und Gefängnissen der deutschen Republik schmachtenden über 400 politischen Gefangenen nichts getan. Viel mehr berührte diese Leute das Schicksal der russischen Sozialrevolutionäre, die mit Aufrüstungsführer des russischen Proletariats ermordet liegen, deren Schenklatten derzeit zum Himmel fliegen, daß die ihnen zur Hilfe gesellten Parteiführer Bandernische, Plekhanow und Liebknecht, als sie den Toten gegenüberstanden, schnellstens die Verurteilung niederlegten. Für die Freilassung der deutschen Gefangenen rürten die Leipziger und Konforten noch keinen Finger. In die russische Regierung richtete aber der DGBS Protesttelegramme wegen der Inhaftierung des Wörderpads.

Daß die politischen Gefangenen jedoch von den Gewerkschaftsleitungen nicht im Stich gelassen werden, das zeigte folgender Antrag, der vom Genossen Schumann in einflussreicher Rede unter Anführung von Tatbestandmaterial aus dem Untersuchungsausschuß des preussischen Landtags begründet wurde:

Antrag auf Freilassung der politischen Gefangenen

Der erste Gewerkschaftskongress protestiert aus schärfste gegen die unehrenhaften Urteile der Klassenjustiz der deutschen Republik gegen revolutionäre Arbeiter. Er ist aufs tiefste empört gegen die salbungsvollen Vorbereitungen der Märzaktion 1921 durch die Regierung in der am 12. und 23. Februar 1921 (siehe Protokoll des Untersuchungsausschusses des preussischen Landtags), über die gewerkschaftlichen Mißhandlungen laufender Arbeiter durch die „republikanische“ Schuppe (siehe ebenda) und über die mangelnde Einwirkung revolutionärer Arbeiter durch die Sondergerichte.

Der Kongress erklärt in der „Verordnung des Reichspräsidenten Nr. 8057 über die Bildung außerordentlicher Gerichte vom 28. März 1921“, nach der tausende Arbeiter ohne jede Verteidigung, ohne Voruntersuchung und schriftliche Anklage, ohne Beweisaufnahme, mit 24stndiger Frist zwischen Anklageerhebung und Hauptverhandlung, zu jahrzehntelanger Zuchthausstrafe verurteilt worden sind, einen schamlosen, alle Rechtsgarantien scheltendigen Genickschuss gegen die kämpfende Arbeiterklasse.

Wenn auch der Vorstand des DGBS nach schwermchtigem Willen der Sondergerichte erreicht hat, daß Jugendliche der Klassen der Sondergerichtshenker entlassen und die Frist zwischen Anklage und Hauptverhandlung auf drei Tage verlängert wurde, so hat doch der Bundesvorstand nichts getan, um dieser Artur hochsprachenden Justizscham ein Ende zu machen und die Gewerkschaftsführer in der preussischen und der Reichsregierung von ihrem konterrevolutionären Tun abzuhalten.

Die Verteidiger der bearbeiteten Kterrepublik liegen noch immer in den Strafanstalten der Reichsjustiz. Noch immer befinden sich revolutionäre Arbeiter wegen der Verurteilung des Kaputtrevolutionskriegs, darunter einige Lebenslängliche. Seit dem März 1921 schmachten noch rund 400 Arbeiter, zu langen Jahren Zuchthaus verurteilt, im Kerker.

Der Kongress verlangt die sofortige Freilassung aller der Arbeiterklasse angehörenden politischen Gefangenen und eine umfassende Amnestie für alle politischen und damit zusammenhängende Verbrechen und Vergehens. Er fordert den Bundesvorstand und alle Gewerkschaften auf, alle Mittel anzuwenden, um den politisch inhaftierten und verfolgten Klassen Genossen die Freiheit zu erkämpfen.

So manchem Kongreßteilnehmer trat die Schamrute auf die Stirn: befindet sich doch so mancher unter den delegierten Gewerkschaftsvertretern, die durch die Proklamierung des Streikbruchs in den Mrztagen 1921 und durch ihr feiges Verhalten so viele revolutionäre Kämpfer auf dem Gewissen haben.

Heute wird sich der Reichsgewerkschaftskongress entscheiden müssen, ob er sich für die Befreiung der politischen Gefangenen in Deutschland mit all seiner Macht einsetzen will. Ober wird der Kongress etwa dokumentieren, daß er nur für das Schicksal der konterrevolutionären S.-B.-Verschwrter Interesse hat? Der „Sozialdemokrat“ Adbruch hat schon oft die Freilassung der politischen Gefangenen angebinigt, die Delegierten der 8x Millionen Gewerkschaften

müssen ihm zeigen, daß sie die Einfsung seines Versprechens fordern. Die politischen Gefangenen müssen freikommen, damit sie eingereicht werden können in die große einheitliche Kampffront, die das Proletariat gegen die Angriffe des Unternehmertums und den Aufmarsch der Ordeß bilden muß.

Sofortige Amnestie für jugendliche politische Gefangene!

Auf Antrag der kommunistischen Fraktion beschloß am Sonntag die zweite gewerkschaftliche Jugendkonferenz einstimmig folgende Resolution:

„Die zweite gewerkschaftliche Jugendkonferenz nimmt mit Entztung davon Kenntnis, daß trotz mehrfacher Versprechungen der Reichsregierung, jugendliche politische Gefangene in Freiheit zu setzen, noch eine ganze Anzahl jugendlicher, die mehr oder minder aktiv an den Kämpfen der Arbeiterklasse teilgenommen haben, hinter Justizhaus- und Gefängnismauern liegen.“

Die Konferenz fordert umso energischer die sofortige Amnestie für alle jugendlichen, als die reaktionäre Justiz heute Freireisende für konterrevolutionäre Mörder und Banditen ausstelt.“

In einer zweiten Resolution wird von der wirtbewerkschaftlichen Regierung die sofortige Haftentlassung des Genossen Kern-Straßart gefordert, der seit dem libidischen Metallarbeiterstreik festgenommen ist.

Reichswehr im Kreise Bitterfeld

Im preussischen Landtag hat der Volkskommissar Severing ausgehen müssen, daß ein beträchtlicher Teil (der grote) der Schupooffiziere konterrevolutionr ist. Die Reichswehr der Republik ist überhaupt nur ein Machtinstrument in den Händen der blutdurstigsten Konterrevolution. In ihr kommandieren ausschließlich die Drahtstbe aus dem Kaputt-Bund und gelangen dabei zu den hosten Ehren, wie die Besetzung des Führers der Ehrerbildungsbrigade erst dieser Tage wieder gezeigt hat.

Die Reichswehr und die Gewerkschaften kämpfen im innigsten Kampf miteinander. Selbst der Volkskommissar Severing, der Ende voriger Woche im Landtag noch erklärte, daß authentisch noch nichts davon bekannt ist, daß sich die Ordeßorganisationen zu kmpfigsten Verbänden und Formationen zusammenschlossen hätten, mußte gestern einem Vertreter des Berliner Schupo-Abendschlusses erklären, daß die mitrstlichen Kräfte im Laufe der Zeit eine bereits feste Organisation angenommen haben, daß sich ihre führenden Möglichen schon berufen fühlen, fertige Aufmarschplne zur Bekämpfung des inneren und äußeren Feindes aufzustellen.“

Die Reichswehr bildet die Kadres zur Aufnahme der Ordeßformationen zu großen Truppenverbnden, wenn die Konterrevolution ihren entscheidenden Schlag führt. Dieser Zeitpunkt naht heran. In den letzten Tagen haben die Stahlhelmscharen ihren Probeaufmarsch veranstaltet. Jetzt kommen die letzten Vorbereitungen.

Die Reichswehr rückt in die ihr wichtig erscheinenden Gebiete ein.

Wie aus von anderen Genossen gemeldet und übrigens auch durch eine Notiz in der „Weltliche Zeitung“ bektigt wird, ist Reichswehr im Kreise Bitterfeld eingedrungen. Auf der Straße von Bitterfeld nach Bitterfeld passierte am Montagmorgens zwischen 9 und 10 Uhr ein Panzerautomobil, besetzt mit Reichswehr und schupfertigen leichten Maschinenwagen. Am folgten zwolf Lastautos zum Teil mit Munition beladen und zum Teil eingekerkert zum Mnnschaftstransport. Auf fnfstnigen Wagen befanden sich bis zu dreizehn bewaffnete Reichswehrsoldaten. Die ganze Karawane wurde eskortiert von neun Reichswehrleuten, die sich ebenfalls mit Karabinern bektigten hatten. Auf Wunsch auf der Straße erklärten sie, nach Wehrbefehlen zu wollen. In Magdeburg wurde ebenfalls eine Abteilung Reichswehr geschickt.

Was will die Reichswehr im Kreise Bitterfeld? Die Grubenarbeiter stehen vor einem Lohnkampf. Soll der Kampf mit Wirtbewaffen verhindert werden und hat man sie, um sie schnell bei der Hand zu haben, einstmals auf abgelegenen Gütern untergebracht?

Aber auch in anderer Hinsicht liegen Vermutungen sehr nahe. Das Einrücken der Reichswehr im Kreise Bitterfeld steht den Maßnahmen sehr ähnlich, die innerseitig dem Kaputt-Bund vorausgingen. Will man die Kraftverteilung Hrnemuth und Bergwitz und die Grube Golpa besetzen, um beim Ausbruch der Reaktion die Elektrizitätsversorgung zu sichern und mit einer regulären bewaffneten Macht mitten in einem wichtigen Industrie- und Versorgungszentrum zu sitzen?

In einem wie in dem andern Falle ist es ein freches Stück der Reaktion. Wir fragen: Wer daß der Reichswehr den Auftrag dazu? Wer verantwortliche ihre Einsetzung? Welcher Landrat benutzte? Wir fordern Aufklärung!

Arbeiter, haltet die Augen offen! Die Gefahr ist groß! Findet Euch sofort zusammen in einer einheitlichen Kampffront gegen die Wirtbewegung. Auf der Grube Ludwig ist Sipps eingedrungen, angeführt von dem vornehmsten Diebstahl. Das ist das Spiel, wie in den Mrztagen 1921. Die Bergarbeiter wissen wohl, warum es in Wahrheit geschah. Arbeiter laßt Euch das nicht gefallen. Seid auf der Hut, laßt Euch aber auch nicht durch solche Mnnschaften provozieren. Wenn der Kampf um Euer Existenz entbrannt, dann muß er geschlossen und in einheitlicher Front gefhrt werden.

Gegen den Brotwucher Scheinradikalismus der SPD.

Berlin, 21. Juni. Die getriggen interfraktionellen Verhandlungen über die Frage der Getreideumlage kamen zu keinem politischen Ergebnis. Man will erst den Verlauf der Ausdehnungsberatung bis zu einem gewissen Maßstab abwarten und dann wiederum zu einer interfraktionellen Verhandlung zusammenkommen. Die Zentrumsamtsleiterkorrespondenz schreibt: „Die Lage ist nach wie vor sehr ernst und das Schicksal der Getreideumlage völlig ungewiß.“ Wie der „Vorwärts“ betont, werde die Sozialdemokratie weder die Verlesung noch die Unterzeichnung der Vorlage gestatten, ohne daraus die kmpfigen verfassungsmglichen Konsequenzen zu ziehen. Der Berliner Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands fordert von der Parteileitung für den Fall der Ablehnung der Umlage durch den Reichstag den sofortigen Austritt der Sozialdemokraten aus der Reichsregierung und unverzügliche Volkserhebung durch Streikaktionen. Der Bezirksvorstand des Reichs der Sozialdemokratischen Partei beruht für Freitag eine Reihe von Massenversammlungen ein mit der Tagesordnung: Brotfrage.

Der „Radikalismus“ der SPD in der Frage der Getreideumlage kann trotz der Drohungen des „Vorwärts“ und der Forderung des Groß-Berliner Bezirksvorstandes nicht beruhen. Immerzu tufeln, daß es sich bei dem ganzen Getreide um ein Abfertigungsmnner handelt. Die SPD-Weniger wollen sich von einem einheitlichen Kampf gegen den Aufmarsch der Konterrevolution drücken und malen darum Hungerproleten für den Fall an die Wand, daß die Getreideumlage fällt. Die Teuerungswelle, die im Anzuge ist, kann durch die Getreideumlage, so wie sie die Regierung eingeschlossen hat, nicht aufgehalten werden. Die Entwertung der Mark fhrt fort und muß notwendigerweise eine Teuerungswelle nach sich ziehen, die alles Dagewesene bertritt.

Nach Informationen der „Dena“ hörte ich, daß die Regierung einen katastrophalen Zusammenbruch der Mark. Man rechnet in der Regierung mit einer Entwertung der Mark in den nächsten Tagen auf 350 bis 400 Mark für den Dollar. Durch diese neue Markfallkatastrophe würdet alle bisherigen Finanzpläne der Regierung über den Haufen geworfen werden. Es würde die Leistung der Reparationszahlungen unmöglich werden, es würde die Bilanzierung des Glatts und der Verlust der Fiktierung der hochenden Schuld sowie die Eindämmung der Inflation preislos mttingen. In Regierungskreisen ist man deshalb der Ueberzeugung, daß bringen die Maßnahmen zur Whrstabilisierung nicht zu einem Erfolg.

Das sind die Frucht der Erfassungspolitik, die die SPD in ihrer Reaktion mit den Bitterfeldern und mit der Unterdrückung der UWD bis herbe getrieben hat. Grant der SPD jetzt so dem, was als Auswirkung dieser Politik unumwiderrlich kommen muß. Ohne jegliche Bedenken hat die SPD bei den letzten großen Steuererhöhungen alle Vllen auf die Schultern der proletarischen Massen gepackt. Sie hat so die ungenuehrte Kreisumlage vermindert, durch die die Arbeiter, Angeheilen und Beamten in Geld und Hunger verfallen. Sie hat dann ihre eigene Verantwortung der Ersaffung der Sachwerte labortiert, durch den allein die Teuerung aufgehoben und die Finanzen einigermaßen gelichtet konnten. Jetzt muß die Regierung zu „außerordentlichen Maßnahmen“ greifen, um den Zusammenbruch der Finanzen nach berreichlichem Wrtter zu verhindern. Die außerordentlichen Maßnahmen sind neue Steuern, Erhöhung der Lohnsteuer und der Kohlensteuer, die bereits angehtindigt sind.

Man sieht daraus, wie notwendig es die SPD hat, einen Scheinerfolg in der Frage der Getreideumlage zu erzielen, um den Massen vorzutufeln, als habe sie etwas gegen die Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeiter getan, um die dann in der Reaktion, mit den Bitterfeldern, die sie inessentials aufzugeben bereit ist, durch neue Steuern zu belassen.

Wir Kommunisten machen den Scheinkampf der Sozialdemokraten nicht mit, der Front des hblichen und ländlichen Proletariats zu versinken aberschleht, bei die kleinen Bauern aufzukommen gegen das Industrieproletariat und dadurch nur beide schändet. Wir führen durch unsere Forderungen, die das Interesse der kleinen Bauern und der Landarbeiter ebenso befriedigt, wie das Interesse der Arbeiter in der Stadt, alle die zur geschlossenen Kampffront zusammen, die, sei es von den Quintern, sei es von der Industrie, ausgebeutet werden.

Ob der Kampf um die Getreideumlage wirklich zu einem grundsätzlichen Kampf zwischen Kapital und Arbeit wird, und ob dieser Kampf, wie die Kommunisten es wünschen, auch durch einen Appell an die Whler ausgelostet wird, das hängt heute von der Stellung der Arbeiter ab. Die Unabhängigen haben sich zu entscheiden. Es ist für die Forderungen der Kommunisten eintreten werden, aber ob sie sich, genau so wie die SPD, mit der Getreideumlage begnügen. Die Haltung des Redners der Unabhängigen im Reichstag laßt da große Hoffnungen nicht zu; es hat den Anschein, als ob die Leute um die Leute wieder einmal sich als zur Hilse rufender bürgerlich-sozialistischer Regierungskolonne im Augenblicke ihrer Gefährdung hergeben wollen. Und schon ermet das Programm erklrtet auf, daß mit Hilfe der Unabhängigen wieder einmal der Reich einer wirtbewerkschaftlichen Regierung sei, die den Kampf zwischen Kapital und Arbeit zu fhrt, übergeben soll.

Halle und Saalkreis

Halle, den 21. Juni 1922

Die Gegenrevolution auf dem Marische und der Abwehrkampf der Arbeiterklasse

lo lautet das Thema, über das morgen (Donnerstag) abends, 8 Uhr, in einer öffentlichen Versammlung im großen Saale des „Volksparts“

Genosse Paul Grösch, M. d. R.

sprechen wird. Arbeiter, Angestellte und Beamte, erscheint zahlreich! Unterrichtet Euch über die Absichten der monarchistischen und kapitalistischen Reaktion und über die Abwehrmöglichkeiten durch das Proletariat.

Die Forderung der Hallischen Freirewerber

Dem Arbeiterverband für das Freirewerber erhalten wir nachfolgende Zuschrift:

Von jeher ist die Entlohnung im Freirewerber die denkbar schlechteste gewesen, und auch die jetzt geäußerten Vorschläge sind nicht zu erheben. Es wird gebittet für eine erste Stufe (perfekter Arbeiter) 470 Mk. in der zweiten Stufe 425 Mk. und in der dritten Stufe 315 Mk. Mit diesen Vorschlägen verleihe man die jetzt geltenden Bedienungsspreise - Klassen 4 Mk. hochzuschlagen 15 Mk. Angewandt dieses für die Freirewerber sehr unangünstigen Verhältnisses nach dem Verhalten der Innungsmeister gegenüber dem eingetragenen Lohnforderungen der Gehilfen unangenehm erscheinend.

In der am 26. Mai festgestellten Tarifverhandlung wurden vom Arbeiterverband folgende Forderungen verlangt: für eine erste Stufe 600 Mk., in der zweiten Stufe 600 Mk., in der dritten Stufe 600 Mk., für Freirewerber 620, 510 und 480 Mk. in der Woche, nebst einer vierteljährlichen Entschädigung von 30 Mk. für Abnutzung des Handwerkszeuges und der jetzt in reuren Berufsämtern.

Diese Forderungen wurden nicht abgelehnt. Die Innungsmeister machten ein Angebot, daß für die Gehilfenverdiener um annehmbar war, nämlich auf die bisher geäußerten Vorschläge eine Lohnzuschlagung in Höhe von 10 Prozent; für die zweite Stufe sollten sie gesamtlich nach 10 Mk. circa betragen. Die Entschädigung für die Abnutzung des Handwerkszeuges und der Berufsämter wurden ebenfalls nicht abgelehnt.

An der Verhandlung spielte natürlich das Trinkgeld, das angeblich den Gehilfen reichlich zufließen soll, wieder eine große Rolle. Abgegeben haben, daß die Gehilfen es ablehnen, Trinkgelde anzunehmen. Die Innungsmeister, die das Trinkgeld abgeben werden, denn das Substitut lehnt es mit Recht ab, neben den hohen Bedienungsspreisen auch noch Trinkgelde zu geben. Wenn das Substitut diese hohen Preise ablehnt, will es auch die Gehilfen haben, daß die Gehilfen ausreichend entlohnt werden.

Die Bedienungsspreise sind schon lange vorher erhöht worden, ehe die neuen Lohnforderungen der Gehilfen vorlagen. Damit sind die Herren Innungsmeister immer sehr schnell bei der Hand, und selbst dann, wenn sie gar keine Gehilfen oder nur einen und das neben noch zwei bis drei Lehrlinge beschäftigen, nehmen sie die erhöhten Preise, entlohnen aber weder den Gehilfen noch den Lehrling höher, sondern heben den Ueberfluß in die eigene Tasche. Was sagt das Substitut dazu?

Es hat überhört in vielen Freirewerberbetrieben den Anschein, als ob es gar keine Kontrollen für das Freirewerber gebe. Auch die Innung, die darüber zu machen hat, kümmert sich nicht genügend darum. Es wird deshalb nötig sein, die Behörden bis zum Minister für Handel und Gewerbe anrufen, damit die gesetzlichen Bestimmungen im Freirewerber beachtet werden. Vor allem aber ist es notwendig, daß die Arbeitnehmer im Freirewerber sich selbst zusammenschließen, um ihre Forderungen nachdrücklicher als bisher zu vertreten. So, wie die Dinge jetzt liegen, arbeiten die Innungsmeister auf den Ruin des Gewerbes hin, denn nur die wenigsten Gehilfen, die das Freirewerber erlernen haben, verstehen sich im Beruf, sondern suchen sich anderen lohnendere Arbeit. Den so entstehenden Mangel an tüchtigen Gehilfen lüden die Meister durch vermehrte Anstellung von Lehrlingen auszufüllen; der arme Freirewerber, der so unvorsichtig in der Wahl seines Gewerbes ist, lernt vier Jahre ohne wesentliche Entschädigung und nicht dann vor der Wahl, sich mit Innungsmitgliedern zu beisehen oder eine andere Erwerbsmöglichkeit zu suchen.

So sieht es im Freirewerber aus.

An die Mitglieder der Produktiv-Genossenschaft!

Sehr wiederholter Aufforderung müssen wir stellen, daß sich noch ein großer Teil der Mitteilungen über voll gezahlte Beiträge in Höhe von 100 Mk. in den Händen unserer Mitglieder befindet. Die ersten drei Mitteilungen sind eingegangen, damit wir das Mitgliedsbuch übermitteln und vor allem den Genossen kein Gerücht als Mitglied der Produktiv-Genossenschaft amelden können. Die ausstehenden Genossen können diese Lieberweisung durch die Organisationsleiter vornehmen lassen, jedoch ist die Abgabe der genauen Beiträge des Mitgliedes hierzu erforderlich. Auch die Genossen, die den Anteil noch nicht voll gezahlt haben, können dies unter Anname des früheren Rücksetzes auf diesem Wege nachholen. Wer Kaufleute und Anhaltstädter nach folgt, muß umgehend mit uns abreden. Genossen, handelt! Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merleburg, eGmbH, Halle a. S., Verdenstraße 14.

Zum Streit im Transportgewerbe

Uns wird mitgeteilt, daß während des Streites sich viele Arbeiterkolonnen als „Klassenpartei“ bilden. Diese Arbeiter, welche andere für sich kämpfen ließen, haben unter dem Vorwand der Firmeninhaber. So hat das Kaufhaus Huth u. Co. ihren Lieblingen außer dem Lohn auch noch Bestätigung gewährt. Die Lieblinge haben dafür entgegenkommender Weise 20 Stunden täglich gearbeitet. Einer dieser Lieblinge heißt Kurt Steinbach, wohnt bei Leipziger Straße 10. In der Kaufhaus Huth u. Co. waren es sechs dieser Heiden, die sich als Arbeitswillige tütig zeigten und zwar: Walter Eickert, Hülshersstraße 21, Kurt Hartung, Ulbrichstraße 44, Karl Hoffmann, Meißnerstraße 16, Emilie Koberstein, Zerstraße 16, Emilie Grösch, St. Brandstraße 8, und Richard Eickert, Zerstraße 2. Alle Genannten und auch Kollegen sollen Mitglieder des Gewerkschaftsbundes der Angestellten sein.

Kollegen und Kolleginnen! An Euch wird es liegen, dafür zu sorgen, daß solche Leute aus den Betrieben entfernt werden, falls diese wieder Streikfreier spielen sollten. Ihr habt dafür zu sorgen, daß alle Arbeitkolonnen, wenn es gilt, noch einmal in den Kampf zu treten um Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, auf dem Plan erscheinen und gemeinsam Schützer an Schützer für die Befreiung der in Frage kommenden Arbeiterkolonnen kämpfen. Ihr habt nur einen Feind, und dieses ist der Kapitalist. Ein Kampf ist derjenige Arbeiter, welcher einen kämpfenden Weibden und Schwestern in den Rücken fällt. Betraut solche Elemente mit Verantwortung! Nur strenge Disziplin und eine straffe Organisation gibt Euch die Gewähr, daß derartige Elemente ein für allemal erstickt werden.

Hoch die Solidarität aller im Handel und im Transportgewerbe beschäftigten Arbeitnehmer!

Arbeiter!

Nehmt Stellung in Betriebsversammlungen!

Tagesordnung:

Was tun wir Arbeiter

gegen den Aufmarsch

der Reaktion?

- Die Kreiskonferenz findet umfänglich halber nicht in der Produktiv-Genossenschaft statt, wie geteilt gemeldet, sondern „Volkspart“, Kartellzimmer.
- Arbeiterbildungsanstalt. Im Stadttheater kommt am Dienstag, dem 27. Juni, Gerhard Paupmanns Drama „Fußmann Henrich“ zur Aufführung. Karten 1 Mk. (sonstere Reihen 50 Pf. und 1. Ring), 15 Mk. (hintere Reihen 50 Pf. und 1. Ring), 10 Mk. (2. Ring, Vorderreihen) und 8 Mk. (3. Ring) sind vom Freitag, dem 23. Juni, an im Arbeiterkassenzettel zu haben. - Das zweite Sommerfest findet nicht am 23., sondern erst am Freitag, dem 30. Juni im „Volkspart“ statt.
- Stadttheater. Heute, Mittwoch, abend 7 1/2 Uhr, Gastspiel Ernst Hoffmann vom Stadttheater in Leipzig „Rigoletto“. Donnerstag gelangt die Operette „Der Jägerbaron“ mit Heinrich Lehner in der Titelrolle zur Aufführung. Freitag: „Fußmann Henrich“. Sonnabend: „Mignon“. Sonntag: „Der Jägerbaron“.
- Freie Volkshöhe. (Italia-Theater). „Das Konzert“, Anfang 8 Uhr. Spielplan: A. Mittwoch, den 21., B. Donnerstag, den 22., C. Sonnabend, den 24., D. Montag, den 26., E. Mittwoch, den 28. Juni.
- Der internationale Bund der Kriegsoffer veranstaltet am Freitag, dem 23. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im großen Saale des „Volkspart“ einen Unterhaltungsabend unter Mitwirkung der Schauspielerinnen Annemarie Schöner-Willmann vom Schauspielhaus in Potsdam, des Komiker Schreiber-Göhrke und der 33-jährige der Artillerieoffizier. Die für heute abend angelegte Generalversammlung des Internationalen Bundes der Kriegsoffer fällt aus und findet erst am 4. Juli statt.
- Allgemeiner Denzler Beamtenbund. Um über die Neuorientierung der Beamtenbewegung die Beamtenliste aufzuklären, spricht am Freitag, dem 23. Juni, abends 8 Uhr, im Saal des Vereinshauses „St. Nikolaus“ Herr Erich Seemann (Berlin) über den „Zusammenhang der alten und Entstehung der neuen Beamtenbewegung“.
- Das letzte Aufspringen. Am Montagmorgen verlorste auf der Kreuzung Bernburger Straße-Mühlweg ein Mann auf einen in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen zu springen. Er rutschte ab und wurde gegen ein neben dem Bahnhofs herlaufendes Gefährt geschleudert, wobei er sich eine erhebliche Verletzung des Rückgrates zuzog, die seine Führung nach dem Diakonissenhaus notwendig machte.
- Rentens eines Bootes. Bei einer Fahrt auf der Saale kam gestern nachmittag ein mit einem jungen Mann und zwei Mädchen besetztes Boot durch Schmutz der Insassen zum Kentern, so daß die drei Personen in Wasser fielen. Der junge Mann konnte sich selbst retten, das eine Mädchen wurde durch den Bootserbeiber gerettet und nach angriffen wurde die Arbeit des Bootes wieder zu sich. Das zweite Mädchen ist ertrunken. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden.
- Unter dem Straßenbahnwagen. Gestern nachmittag wurden in der Geßstraße ein 8- und ein 2-jähriges Kind beim Ueberfahren des Fußbodens von einem Straßenbahnwagen angefahren, wobei das 2-jährige Kind zur Seite geschleudert wurde und das 8-jährige in den Wagen zu liegen kam. Letzteres hat anscheinend innere Verletzungen erlitten. Die Schuldfrage wird noch geklärt.

Veitlin

Gründung eines Arbeiter-Schwimmvereins. Am Freitag, dem 16. Juni, veranstaltete der Arbeiter-Schwimmverein Halle ein Schau- bzw. Probanabandmühen zur Gründung einer Arbeiter-Schwimmvereinsgruppe Veitlin. Die Aufzählungen waren gut und errietet den Beifall der Zuschauer. Am Laufe der kommenden Woche wird in Veitlin die Gründungsverammlung stattfinden. Es muß nun Sache aller Arbeiterfreunde und-sportler sein, die im Veitliner befristeten Disziplin des WBS zu finden und unterstützen. Eine solche ist nur lebensfähig, wenn sie dem Arbeiter-Turn- und Sportbund angehört. An alle Arbeiterportler Veitlin geht daher der Ruf: hinein in den Arbeiter-Schwimmverein Veitlin! Es lebe die Arbeiter-Sportbewegung!

Brachfeld

Auslandfilm. Am Sonnabendabend wurde in unserem politisch lauten Orte der Auslandfilm vorgeführt. Einige Einzelpersonen aus Veitlin gingen in leiser Einleitung auf die Ursachen der Hungertalatschproben in Russland ein, schilderte die ungeheuerlichen Anstrengungen der Sowjetregierung und das Hilfswort des internationalen Proletariats, um dann die erbärmliche Heuchelei der bürgerlichen Gesellschaft in laudieren Worten zu brandmarken, die 20 Millionen Menschen verhungern lassen. Trotz der Schwärze der Cliquen um Herrn Richter, eines Sozialdemokraten, wurde ein Reinertrag von 551,75 Mk. erzielt.

In der letzten Gemeindevorsteher-Sitzung wurde nochmals das Heilwerden der Frau Mollenhauer beraten. Das Verhalten des Kreiswohlfahrtsamtes wie das der Kantonalstelle und der Landesversicherungsanstalt Siedlitz-Anhalt wurde scharf kritisiert. Einem einmaligen Zuschuß wurde zugestimmt, wenn sich die betreffenden Korporationen ebenfalls beteiligen. - Bei der Beratung des Antrages der SPD. auf Befreiung der Kartensteuer

für den Auslandfilm sah sich der Demokrat Soborg veranlaßt, gegen Ausland zu wehren, um zu verhindern, daß der Antrag angenommen wird, der die Stimmenszahl, der Sozialdemokratische Richter, selbst nicht, um den Antrag ebenfalls abzulehnen. Ihm wurde auch nichts anderes erwartet. Bei der geheimen Stimmabgabe stimmten fünf für den kommunalistischen Antrag und drei dagegen. Der Antrag war also angenommen. - Hierauf wurde das Verhalten des Kantonsrats in der Sitzung vom Vorhergehenden scharf gerügt. Richter hatte keine eigene Erklärung, eine Entschuldigung von 25 Mk. für den von seinen Manuskripten verursachten Schaden an die Gemeinde zu zahlen; heute lehnte er aber mit Berufung auf die Landgemeindeordnung ab.

Aus der Provinz

Berretterkonferenz der Gewerkschaften und Kartelle des Bezirks Halle-Merleburg

Vorige Woche fand in Kösen eine Gewerkschaftskonferenz statt, die sich mit der Sicherung der Volksernährung und die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften befaßte. Einige sich zu der Arbeiterschaft rechnende Landräte waren ebenfalls erschienen. Der Referent zur Ernährungsfrage wußte keine Vorschläge zu machen, sondern erhoffte die Hilfe aus der Diskussion. Wer nun glaube, die Landräte würden im Interesse der Ernährung der Arbeiterschaft liegende Vorschläge bringen, war sehr enttäuscht; denn auch die Herren Arbeiter-Landräte gaben nur Anregungen, aus denen sich die Agrarier wenig machen werden. Von Maßnahmen zur Durchführung der Bedarfswirtschaft war nicht die Rede und zeigte ein Redner den Weg, scharfer Kampf der gemeinsamen verlassenen Bevölkerung gegen das Agrarkapital, direkter genossenschaftlicher Warenverkehr zwischen Stadt und Land, Zusammenschließen gegen Agrarier, die den Aufbau von Lebensmitteln laotieren oder zurückfallen, dann müßte er sich vom rechtssozialistischen Landrat Guesse, der mit dem Zölbner zur Minister geht, lassen, daß dies nur Schlagworte seien. Der Referent über das Genossenschaftswesen führte Klage über die mangelhafte Unterhaltung durch die Genossenschaft. Durch die Uebernahme der Verwaltung durch die Arbeiterschaft ist der Ueberkapital erhöht, die Anteile zur Genossenschaft müssen dem Verhältnis gleichgestellt werden. Der Rechtssozialist Leebin, Angehörter der Metallarbeiter Mittelrheins, wußte zur Genossenschaftsfrage weiter nichts zu sagen, als daß er gegen einen Teil von Zeitungen fertig sei. Er war in der Lage, nach dem Uebernehmen der Verwaltung durch die Arbeiterschaft in der Arbeiterschaft im Bergbau ein. War bei der Tagung ein direkter Angriff gegen die Kommunistische Partei vermieden worden, so komplizierte man am Schluß der Tagung die Kommunisten hinaus, da die vereinigten SPD- und USPD-Gewerkschafter mit den Landräten eine Sonderbesprechung hatten. Das ist aber keine Fraktionsbildung. Wenn Kommunisten sich zusammenfassen, dann werden sie aus den Gewerkschaften hinausgeworfen, wenn SPD- und USPD, daselbst tun, dann ist es ein Genossenschaftsgenossener möglicherweise Wert.

Ein schweres Autounglück

Gestern Mittag 11 Uhr verunglückte ein Ego-Auto auf einer Straße zwischen Kösen und der Domäne Ziegenhain. Ein 50-jähriger Mann, ein Offizier, erlitt dabei schwerwunden Verletzungen in hohem Ausmaß. Infolge der Verletzungen wurde er in hohem Ausmaß in den Krankenhaus eingewiesen.

Breuna

Öffentliche Versammlung. Am Sonnabend, dem 26. Juni, findet nochmals eine öffentliche Versammlung in Breuna zwecks Stellungnahme zum Arbeiterakt am 9. Juli statt. Alle Arbeiter, auch aus der Umgegend, namentlich Eltern von Schulkindern und Gewerkschaften und Genossenschaften der Arbeitervereine um, sind dazu eingeladen. Zeitig durch Mahlen, daß Ihr auf dem Westen seid!

Deilich

Stachelfreiheiten. Ein Arbeiter schreibt uns: Wie unsere Polizei, die Jugendämter und Schule als Demonstration und Aufklärung empfindet, auf dem Vösten ist, zeigte sich ganz besonders, als der heilige Stachelfeld und seine Mitarbeiter in einem tiefen Versteck abhielt. 12.40 Uhr konnten noch drei von diesen Stachelfelder Eintritt erhalten. 1.05 Uhr wurden noch die Türen geschlossen, doch ging es hinter diesen recht lebhaft zu; davon zeigte das viele Stimmengedröse und Gläserklappen. Da bis um 2 Uhr keine Polizeipatrouille erschienen war und ich das Ende des Ganges nicht abwarten wollte, ging ich zurück zum Bewußtsein, daß ich mich vor dem Stachelfeld bei der heiligen Polizei unter dem Kommando des Herrn Stephanie einer besonderen Sympathie erfreut. Unsere Jugendgenossen werden, wenn sie ihre Vorkämpfer tanzen und ihre Lieber hängen, mit Gummifingerringen auseinander getrieben; man verhaftet sie und stellt ihnen Strafmandate über 100 Mk. oder zwei Tage Haft zu. Am die Stachelfelder aber kümmert sich niemand. So kommt es, daß das Stachelfeld immer frecher wird. Sollten sie es wagen am Sonntag zu demonstrieren, so ist es Pflicht der gesamten Arbeiterschaft von Deilich auf dem Plane zu sein und dieser Brut ihr Gesicht entgegenzustellen. Arbeiter, wacht auf, die Reaktion marichiert.

Eisen

Kreiskonferenz der SPD. für den Mansfelder Kreis. Am Sonntag fand eine Konferenz für den Mansfelder Kreis statt, die hauptsächlich die Frage der Reorganisation zu erörtern hatte. Genosse Lademann hielt das Referat. Obwohl noch manche Bedenken aufstiegen und hier und da mancher Genosse Gefahren sah in der Auflösung der Interzentr, war doch einmütig die Auflösung vertreten, daß die durch die Reorganisation erlebte Vertiefungsarbeit gelöst werden muß. Nachdem die Genossen Rolobner, Schmidt, Strömman und Maurer längere Ausführungen gemacht hatten, wurde die Reorganisation genehmigt. Die vom Bezirksvorsitzenden der Ortsgruppe Eisen gemachten Vorschläge wurden abgelehnt. Der Sitz der Kreisleitung (Mansfelder Kreis) ist Eisen. Im Verbleibenden wurde besonders dem Ruf nach der Kontinuität Beachtung geschenkt. Es gilt, bereit zu sein.

924. „Mittwoch“, Mittwoch, den 21. Juni, abends 8 Uhr: Spieltagskaffeehaus. Stilles Schmitz-Sportfest der ersten Mannschaften unserer eisen.

Radfahrer-Schlauke billigt!!

Spezialgeschäft S. Wieder, Große Steinstraße 35, gegenüber dem Altmarkt.

Funktionskonferenz im „Volkspart“ müssen sämtliche Funktionäre der Partei erscheinen.

